

Die aktuelle geopolitische Lage führt uns drastisch vor Augen, wie notwendig es eine Europäische Union die ihrem Namen auch gerecht wird, bräuchte. Neben den seit langem diskutierten Reformen, insbesondere Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in nahezu allen Bereichen sollte eine „Unions-Bürgerschaft“ eigentlich längst Realität im Alltag sein. Damit einhergehend könnte nationalen Schaukämpfen um Neuregelungen zur Erlangung von Staatsbürgerschaften weitestgehend das Wasser abgegraben werden. Was spricht dagegen, einem demographisch bedingt und damit vorhersehbar drohenden Arbeitskräftemangel in der EU dahingehend entgegenzuwirken, indem man geordneten Zuzug aus Drittländern mit Perspektiven für eine Unions-Bürgerschaft fördert. Diese sollte nach 5 Jahren Aufenthalt und Beschäftigung per Antrag verliehen werden. Fragen zu nationalen Staatsbürgerschaften sollten hernach doch eher eine untergeordnete Rolle spielen und nach beispielsweise 10 Jahren per Verleihung einem „nationalen Ritterschlag“ gleichkommen.